

10/1996

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die Bonner Koalition ist ausdrücklich vom Wähler bestätigt worden

Einen „klaren Auftrag“ an die Koalition in Bonn, dem „wir uns stellen müssen“, hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 24. März in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein genannt und lapidar hinzugefügt: „Wir werden jetzt gemeinsam unsere Arbeit tun.“

Die herzliche Gratulation des Parteivorstands an die drei Spitzenkandidaten war nicht nur Ausdruck der Freude über das gute Abschneiden der CDU in allen drei Bundesländern, sondern auch Ausdruck der Erleichterung darüber, daß „in absehbarer Zeit keine

Freude über das gute Abschneiden der CDU

Wahlen“ und Wahlkämpfe die politische Arbeit mehr behindern und schon unmittelbar nach der Sommerpause mit einer großen Zahl wichtiger Entscheidungen die Aufgaben im „härtesten Jahr der Legislatur-

HEUTE AKTUELL

● **Baden-Württemberg**
Erwin Teufel: Ich werde auf die FDP zugehen und ihr Koalitionsgespräche anbieten. Seite 4

● **Schleswig-Holstein**
Ottfried Hennig: Wir sind der SPD jetzt dicht auf den Fersen. Seite 6

● **Rheinland-Pfalz**
Johannes Gerster: Wir werden unsere Position als stärkste politische Kraft ausbauen. Seite 8

● **Wahlanalyse**
Konrad-Adenauer-Stiftung untersucht die Bestimmungsgründe der Wahlentscheidungen. Seite 10-15

● **Landtagswahlen**
Günter Rinsche: Kampagne gegen den Euro war ein Reinfluss. Seite 16

● **Standortsicherung**
Friedrich Bohl: Das „Bündnis für Arbeit“ trägt bereits erste Früchte. Seite 20

● **Dokumentation**
Landtagswahlen am 24. März 1996: Die vorläufigen amtlichen Endergebnisse. Grüner Teil

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

periode“ Stück für Stück abgearbeitet werden können.

Was alles an politischen Spekulationen mit dem Wahlergebnis vom Sonntag – jedenfalls für lange Zeit – vom Tisch ist, haben nach der Bundesvorstandssitzung am Montag auf einer gemeinsamen Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus Helmut Kohl, Ottfried Hennig, Erwin Teufel und Johannes Gerster immer wieder angesprochen:

● **Vom Tisch** ist zunächst einmal das Modell Rot-Grün. Worauf immer sich in den nächsten Wochen die SPD in Schleswig-Holstein verständigt: die Grünen haben keineswegs die beschworene Erbschaft der Liberalen angetreten. Zum Schaden der Sozialdemokraten ist sogar etwas ganz anderes eingetreten: Die Grünen sind dabei, Teile der SPD aufzusaugen.

Der Union und auch der FDP wird es deshalb nicht schwer fallen, auf Rot-Grün in Zukunft und erst recht, wenn sich das Auslauf-Modell mit der PDS verbündet, die richtige Antwort zu finden.

● **Vom Tisch** ist gleichzeitig die Behauptung vom nahen Ende der liberalen Partei. Helmut Kohl freut sich, daß die Kollegen von der FDP jetzt sagen können: Das Weltuntergangsgerede war wirklich nur Gerede, und erfahren konnten, daß sie als Partner der Koalition in Bonn auch bei diesen drei Landtagswahlen „gut haben abschneiden“ können.

● **Vom Tisch** ist deshalb selbstverständlich auch die Diskussion über die Unausweichlichkeit von großen Koalitionen. Obwohl ihr schwieriges Gelände und schwere Wetter vorausgesagt worden sind,

hat sich die Bonner Koalition behauptet. Der Gedanke an eine andere Koalition – so Helmut Kohl – ist der Union fremd, und ohne Wenn und Aber wird sie die Aufgaben erfüllen, die ihr als Regierung in dieser Koalition gestellt sind.

● **Vom Tisch** sind schließlich alle Klagen darüber, daß sich in Deutschland Politikverdrossenheit unaufhaltsam wie eine Seuche durch Nichtwähler verbreite. Mit 67,5 Prozent Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg, 70,8 Prozent in Rheinland-Pfalz und 71,8 Prozent in Schleswig-Holstein haben die Wählerinnen und Wähler in drei deutschen Bundesländern ein politisches Engagement bewiesen, das in den Demokratien Europas beispiellos ist.

Helmut Kohl hat in diesem Wahlkampf und in vielen Wahlversammlungen keine Politikmüdigkeit entdecken können.

● **Nicht vom Tisch** ist allerdings in Baden-Württemberg – bei überraschend hohem Stimmenanteil – das Ärgernis eines Wahlerfolgs der Republikaner. Aber es war leider „mit Händen zu greifen“, so Helmut Kohl: Die Nachrichten und Bilder von den jüngsten Kurden-Demonstrationen, vor allem jedoch die von der SPD entfachte Aussiedler-Diskussion haben – entgegen allen Erwartungen – noch einmal bestimmte Bevölkerungskreise für Parolen empfänglich gemacht, die ohne diese Stimulierung jedenfalls ohne Wirkung und Erfolg geblieben wären.

Wirkung und Erfolg rechtsextremistischer Parolen sind danach kein Ergebnis der Überzeugungsleistung von Republikanern, sondern das Wahlergebnis einer der schäbigsten

SPD-Kampagnen, die die Bundesrepublik in ihrer langen Geschichte erlebt hat.

Für die SPD ist dieses Wahlergebnis am letzten Sonntag verheerend: minus 4,3 Prozent, minus 5,0 Prozent und minus 6,4 Prozent an einem Tag in drei Bundesländern – das ist eine schwere Niederlage. Und wenn der Begriff „Wahlschlappe“ einen Sinn macht, dann trifft er auf das Wahlergebnis der SPD am 24. März uneingeschränkt zu.

Diese Wahlschlappe hat aber auch einen Namen, nämlich den von Oskar Lafontaine, der auf dem SPD-Wahlparteitag in Mannheim neue Perspektiven, einen neuen Höhenflug der Partei versprochen hat, aber auf die Themen des Wahlkampfs der drei Bundesländer einen Einfluß nahm, der die Wählerinnen und Wähler empörte.

Auch hier hat – Gott sei Dank! – der gesunde Menschenverstand ganz selbstverständlich reagiert und vom Tisch gewischt:

- den Populismus „übelster Form“, mit dem gegen Aussiedler Front gemacht wurde;
- die Anti-Europa-Kampagne, die Ängste vor den Folgen der Wirtschafts- und Währungsunion schüren sollte,
- die sogenannte „Rentenangst“ und vieles andere mehr, von dem sich die SPD politische Vorteile versprach.

Helmut Kohl: Für mich ist das alles eine bedauerliche Bestätigung dafür, daß die Sozialdemokraten unfähig geworden sind, die Geschicke dieses Landes zu bestimmen.

Die SPD dürfe deshalb auch nicht glauben, weiterhin im Bundesrat vernünftige Politik blockieren zu können. Die Koaliti-

on werde im Bundesrat jedenfalls die Probe aufs Exempel machen.

Mit Dank wandte sich der Parteivorsitzende an die vielen Mitglieder und Freunde im Land und hob die große Einsatzbereitschaft der Wahlkämpfer hervor, die es – schon wegen der Jahreszeit – nicht einfach hatten. Einfach sei dieser Wahlkampf – so Helmut Kohl – auch deshalb nicht gewesen, weil die Wahlen am 24. März Zwischenwahlen waren, die immer schwierig sind, vor allem in einem Augenblick, in dem die Arbeitslosigkeit auf über 4 Millionen gestiegen ist und das Bruttosozialprodukt nicht in dem Maße zunimmt, in dem,

Allen Grund zur Dankbarkeit habe er schließlich, insbesondere wenn er die Zustimmung bei der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren registriert. Helmut Kohl: Eine bedeutsame Entwicklung und große Chancen, die wir nutzen müssen.

**Helmut Kohl:
Glückwünsche an die CSU**

Zu ihren großartigen Ergebnissen bei den Kommunalwahlen in Bayern hat Bundeskanzler Helmut Kohl den Freunden in der CSU herzlich gratuliert und darauf hingewiesen:

Wer Nürnberg kennt und seine Geschichte, nämlich als einen der drei Wahlkreise, die die ersten Sozialdemokraten schon in den Reichstag geschickt haben, der kann sich eine Vorstellung davon machen, was es heißt, daß hier zum ersten Mal ein Oberbürgermeister der CSU gewonnen hat. Das gleiche gilt für Fürth und Erlangen sowie für die Bestätigung des CSU-Oberbürgermeisters in Augsburg. Anlaß zur Freude geben schließlich auch die Ergebnisse der bayerischen Landratswahlen.

Erwin Teufel:

Ich werde auf die FDP zugehen und ihr Koalitionsgespräche anbieten

Die CDU Baden-Württemberg hat ein gutes Wahlergebnis erzielt, das uns ermöglicht, auch für die nächsten fünf Jahre die bestimmende politische Kraft zu sein. Der Abstand zur nächstfolgenden Partei hat sich erheblich vergrößert.

Es gibt interessante Einzelaspekte dieses Wahlergebnisses, das eine Partei zustande gebracht hat, die hoch motiviert war, die gekämpft und überzeugt hat. Wir haben in Baden-Württemberg insgesamt 70 Wahlkreise, und die CDU hat 69 von ihnen direkt gewonnen. Darunter haben wir direkt auch wieder Städte gewonnen, in denen wir mit keinem Abgeordneten vertreten waren: Heidelberg beispielsweise, Heilbronn gegen den Spitzenkandidaten der SPD, Freiburg, Lörrach, aber auch alle vier Stuttgarter Wahlkreise.

Wir werden im neuen Landtag die stärkste Frauenfraktion stellen und dies ohne Frauenquote. Wir hatten 12 Direktkandidatinnen; 11 davon haben den Einzug in den Landtag geschafft. Wir haben 7 Kandidaten, die im Alter der Jungen Union, also unter 35 Jahren sind. Auch die Erneuerung und Verjüngung unserer Fraktion macht also gute Fortschritte.

Was mich ganz besonders freut: Wir sind bei den Jungwählern mit Abstand stärkste Partei. 35 Prozent der Jungwähler haben CDU gewählt, 22 Prozent die Grünen und 20 Prozent die SPD.

Ein weiteres bemerkenswertes Ergebnis: Die CDU ist die Arbeitnehmerpartei in Baden-Württemberg. Wir sind es eigent-

lich schon lange, aber wir haben diese Position gegenüber den Sozialdemokraten weiter ausgebaut. Die CDU hat 39 Prozent bei den Arbeitern bekommen, die SPD 30 Prozent. Die Arbeiter erkennen, wer eine Politik macht, die Arbeitsplätze sichert und neue Arbeitsplätze schafft.

Wir haben beachtliche Wahlziele erreicht:

- daß die CDU allein stärker ist als Rot und Grün zusammen, und zwar um einige Prozentpunkte sogar,

- daß die große Koalition abgelöst wurde, was nach einer Legislaturperiode auch nicht selbstverständlich ist, wie Sie wissen.

Große Koalitionen haben nämlich mehrfach den Juniorpartner gestärkt und dann zum Machtwechsel geführt. Die SPD dagegen, die vier Jahre an der Regierung beteiligt war, hat nicht nur davon nicht profitiert, sondern sogar mehrere Prozentpunkte verloren. Die SPD, die schon bei der letzten Landtagswahl ihr schlechtestes Nachkriegsergebnis erzielt hat, hat dieses Ergebnis noch einmal um einige Punkte unterboten.

Die Grünen sind in Baden-Württemberg vor allem in den Universitätsstädten stark, aber sie sind über das Wahlergebnis trotzdem enttäuscht; denn sie sehen, daß es auf Jahre hinaus in unserem Land für Rot-Grün keine Chance gibt, eine bürgerliche Regierung dagegen über die absolute Mehrheit verfügt.

Was allerdings außerordentlich unerfreulich ist, das mit Abstand Unerfreulichste an diesem Landtagswahlergebnis: über 9

Prozent der Stimmen für die Republikaner. Das letzte Mal sind die Republikaner aus einem einzigen Grund in den Landtag gekommen: Das war die ungelöste Asylfrage. Seit es in Bonn nach jahrelangem Verzögern durch SPD und FDP zu einer Änderung des Asylartikels im Grundgesetz kam, sind die Republikaner in kein deutsches Parlament mehr eingezogen. Nach den Umfragen auch noch in den letzten Tagen hätten sie auch in Baden-Württemberg draußen bleiben müssen.

Für das hohe Stimmenergebnis der Republikaner sehe ich folgende Ursachen:

Noch vor acht Wochen, als die SPD ihr Wahlprogramm verabschiedete, fehlte darin das Stichwort „Aussiedler“. Erst in den letzten drei Wochen vor der Wahl hat die SPD eine beispiellose Neidkampagne entfesselt und alle Schwierigkeiten, die wir derzeit in unserem Land haben, auf diesen Punkt fokussiert.

Dadurch, daß sie das Thema Aussiedler in den Wahlkampf einführte, hat sie den Republikanern die Hasen in die Küche getrieben. Das war voraussehbar.

Frau Simonis hat, als Lafontaine und Spöri diese Kampagne begannen, sofort gesagt: Das kommt ganz anderen zugute. Sie selbst verbitte sich das Thema in ihrem Land. Ich habe das auch gesagt. Die SPD war also gewarnt.

Es kam auf diese Weise ein Protestpotential zusammen, das zwar in keiner Weise mit dem vergleichbar war, das vor vier Jahren beim Asylthema entstanden war. Aber es hat ausgereicht, viele Bürger zu verunsichern. Die SPD ist dafür von ihren eigenen Anhängern und Wählern abgestraft worden.

Wie geht es weiter:

Ich werde auf die FDP zugehen und ihr Koalitionsgespräche anbieten. Ich werde dort mit Sicherheit auf Zustimmung stoßen, denn auch die FDP hat einen kla-

ren Parteitagbeschuß, der in diese Richtung zielt. Ich erwarte keine größeren Schwierigkeiten.

Ich glaube, daß wir eine starke Regierung bilden können, weil in den zentralen Fragen, um die es in den nächsten Jahren geht, große Einigkeit besteht, nämlich:

- in der Überzeugung, daß Baden-Württemberg technologisch vorne bleiben muß,
- daß Baden-Württemberg das Exportland Nummer eins bleibt,
- und in der Forderung von Existenzgründungen.

In allen diesen Fragen stehen beide Parteien auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft. Die FDP in Baden-Württemberg ist erfreulicherweise eine geschlossene Partei ohne sozialliberalen Flügel, der Schwierigkeiten machen könnte.

Das große Problem in der großen Koalition war dagegen, daß die SPD in Wirklichkeit aus zwei Parteien besteht, nicht nur aus zwei Flügeln einer Partei:

- Realos die eine Partei, die von der Wirklichkeit ausgeht, mit der man nach Gesprächen auch zu politischen Kompromissen kommen kann, die weiterführen;
- Irrealos die andere Partei, Ideologen, den Grünen wesensverwandt und mit ihnen austauschbar.

Deswegen die Koalition, die wir jetzt anstreben. Die SPD wird ihren Spagat auf Dauer nicht aushalten.

Ich bin also sehr froh darüber, daß wir die große Koalition hinter uns haben. Ich möchte, daß wir eine kraftvolle Politik zur Sicherung der Standortgunst Baden-Württembergs machen, damit Arbeitsplätze gehalten werden können und neue Arbeitsplätze entstehen, damit wir Zukunft schaffen für unsere junge Generation. Die Bewältigung dieser Aufgabe ist durch die gestrige Wahlentscheidung leichter geworden. ■

Ottfried Hennig:

Wir sind der SPD jetzt dicht auf den Fersen

Der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat von Schleswig-Holstein ist zufrieden mit dem gestrigen Tag. Ich glaube, das können wir auch sein, da wir den größten Zugewinn mit 3,4 Prozent gemacht haben.

Wer sich daran erinnert, unter welchen wenig vergnügungssteuerpflichtigen Umständen ich in Schleswig-Holstein vor knapp acht Jahren angefangen habe, nämlich mit einem Abstand von 21,5 Prozent zur SPD – jetzt zusammengeschmolzen auf 2,6 Prozent –, der sieht: Hier hat eine sehr deutliche Konsolidierung stattgefunden.

Trotz Amtsbonus der gegenwärtigen Ministerpräsidentin, trotz des Umstands, daß sie bisher die einzige Frau in diesem Job ist, ist es uns gelungen, der SPD eine schwere Niederlage beizubringen. Mit einem Minus von 6,4 Prozent ist sie sogar sehr deutlich ausgefallen. Bei den Landtagsmandaten haben wir uns um drei Mandate verbessern können.

Wir haben in der neuen Fraktion mühelos ein Drittel Frauen zusammenbekommen; sieben von ihnen sind als Direktkandidaten durchgekommen. Wir haben sieben junge Leute in der neuen Landtagsfraktion. In der SPD-Landtagsfraktion ist dagegen niemand unter vierzig Jahre alt. Wenn man dies alles zusammennimmt, dann besteht in der Tat Anlaß zu Optimismus.

An absoluten Stimmen fehlten uns 38.000 zur SPD. Wenn man hinzunimmt, daß die Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein (WSH) mit 28.000 Stimmen gleich 1,9

Prozent vor allem das Ergebnis der CDU beeinträchtigt hat, dann dürfen wir uns der SPD noch näher auf den Fersen sehen.

Wir haben auch einen großen Fortschritt bei den Jungwählern gemacht. Und wir sind besonders froh darüber, daß die DVU aus dem Landtag herausgeflogen ist: dank einer in Schleswig-Holstein besonders hohen Wahlbeteiligung, die nicht gerade für Politikverdrossenheit spricht. Ein Segen für Schleswig-Holstein.

Das Wahlrecht in Schleswig-Holstein sieht nur eine Stimme vor, das heißt: Stimmen-Splitting konnte es nicht geben. Dennoch ist offenkundig, daß eine Reihe von bürgerlichen Wählern sich überlegt hat: Was ist vordringlich? und daß ein Teil von ihnen, die sonst CDU wählen würden, dazu beigetragen hat, die FDP zu stabilisieren.

Wie es jetzt weitergeht, wird sich nach längeren Verhandlungen herausstellen. Ich rechne mit schwierigen Koalitionsverhandlungen. Im Ergebnis, ich würde mich nicht wundern, wird Rot-Grün dabei herauskommen. Denn das ist genau das, was Frau Simonis Herrn Voscherau vor drei Jahren nachdrücklich empfohlen hat.

Rechnerisch ist zwar auch etwas anderes möglich, aber mindestens genauso schwierig. Und was eine große Koalition betrifft, sage ich dazu gleich heute schon ganz deutlich: Wir stehen nicht zur Verfügung. Nichts spricht für eine Ausnahmesituation, die sie rechtfertigen könnte.

Ich will noch erwähnen, daß wir eine Reihe von Wahlkreisen wieder direkt gewonnen haben, zum erstenmal insgesamt 19.

Bei den beiden letzten Wahlen war es keiner.

Unter den direkt gewonnenen Wahlkreisen befindet sich auch mein eigener, den ich bei 7,6 Prozent Rückstand der Landtagspräsidentin abnehmen konnte. Das freut mich natürlich ganz besonders.

Ich will abschließend darauf hinweisen, daß wir diesen Wahlkampf mit einem Mindestmaß an materiellem Einsatz führen mußten. Der SPD stand das Dreifache zur Verfügung, und die DVU hatte mehr zur Verfügung als SPD und CDU zusammen. Wenn ich mir anschauere, was dort an Hauswurfsendungen, amtlichen Unterlagen täuschend nachgemachten Postwurfsendungen, an Direct-Mail-Aktionen gelaufen ist, dann lassen sich die Kosten ungeschwer zu einer beträchtlichen Summe addieren, die offensichtlich von Herrn Frey bereitgestellt worden ist.

Vor uns liegt eine Entwicklung, die für Schleswig-Holstein traurig ist. Unter Rot-Grün kann ich eine Verwirklichung der

wesentlichsten Aufgaben des Landes nicht erkennen. Das gilt für die A 20, ein Schlüsselvorhaben, das gilt für die feste Elbquerung westlich von Hamburg, ohne die es eine Entwicklung strukturschwacher Gegenden unseres Landes nicht geben kann. Das gilt auch für die Schulpolitik, in der sich beide Parteien in ihren Programmen für eine flächendeckende Gesamtschule ausgesprochen haben.

Eine bedauerliche Perspektive, deren politische Ergebnisse es aber in den nächsten vier Jahren immer wahrscheinlicher machen werden, Rot-Grün in Schleswig-Holstein abzulösen.

Ich selbst werde für die erneute Spitzenkandidatur nicht ein drittes Mal zur Verfügung stehen. Ich werde als Landesvorsitzender und auch als Fraktionsvorsitzender mit Rat und Tat den Übergang begleiten und dazu beitragen, daß er zu einem guten Ergebnis führt.

Das Abschneiden in den Hochburgen

Nach den am Wahlabend von Infas veröffentlichten Daten führt die CDU in ihren Hochburgen eindeutig vor der SPD. Sie mußte in ihren Hochburgen allerdings mit 2 Prozentpunkten überdurchschnittliche Verluste hinnehmen.

Die CDU erreichte in ihren Hochburgen 50,7 Prozent der Wähler, die SPD kam in den CDU-Hochburgen auf 30,8 Prozent. Vergleichbar groß ist die CDU-SPD-Differenz in den SPD-Hochburgen. Trotz des schlechten Abschneidens der SPD hat sie in ihren Hochburgen noch einen deutlichen Vorsprung vor der

CDU. Sie erhielt hier durchschnittlich 52,5 Prozent der Stimmen. Die CDU kam dort auf 26 Prozent.

SPD in den Großstädten nur noch 1,6% vor der CDU

Die SPD hat überdurchschnittlich in den Großstädten und ihren Hochburgen verloren (jeweils 7 Prozentpunkte). Die CDU konnte in den Großstädten 1,1 und in den SPD-Hochburgen 0,6 Prozentpunkte gewinnen. In den Großstädten liegt das SPD-Wahlergebnis nur noch um 1,6 Prozentpunkte vor der CDU.

Johannes Gerster:

Wir werden unsere Position als stärkste politische Kraft ausbauen

Es gibt einige Besonderheiten im rheinland-pfälzischen Wahlkampf der CDU:

- Es war der erste Wahlkampf, den wir aus der Opposition gegen eine amtierende Regierung geführt haben.
- Das rheinland-pfälzische Wahlrecht hat Erst- und Zweitstimmen, die es in den beiden anderen Ländern nicht gibt.
- Die FDP spielt in Rheinland-Pfalz eine etwas andere Rolle als in anderen Bundesländern. Sie ist hier eine Koalition mit der SPD eingegangen und hat damit den Wähler vor eine andere Wahl gestellt, als es eine klare Richtungsentscheidung zwischen CDU/FDP und Rot-Grün gewesen wäre.

Eine weitere Besonderheit: Wir hatten bei der letzten Landtagswahl einen Rückstand

gegenüber der SPD von 6,1 Prozent. Während wir uns vorhin im Bundesvorstand darüber einig waren, daß die Tiefpunkte in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg etwas weiter zurückliegen, hatten wir in Rheinland-Pfalz den absoluten Tiefpunkt vor zwei Jahren, als wir bei mehreren Umfragen bei 30 bzw. 31 Prozent lagen, während die SPD bei 48 bzw. 49 Prozent lag. Die Auseinandersetzung, die wir damals im Landesverband hatten, war zwar überwunden, wirkte aber offensichtlich noch nach.

Angesichts dieser Tatsache können wir nicht gerade übermäßig glücklich sein, aber ich bin froh, daß ich nach Bernhard Vogel, Karl-Ludwig Wagner, Hans-Otto Wilhelm und Werner Langen nach 13 Jahren, in denen es bei Landtagswahlen abwärts ging,

Was Helmut Kohl vor allem auch Johannes Gerster hat sagen wollen

In der öffentlichen Debatte über die Wahlergebnisse am Wahlabend ist nach Meinung des Bundeskanzlers der Hinweis darauf etwas zu kurz gekommen, daß es vor allem das Zwei-Stimmen-Wahlrecht war, von dem die FDP mit ihrem günstigen Ergebnis profitierte. Keinen Zweifel gibt es deshalb auch für den Bundeskanzler daran,

daß die rheinland-pfälzische CDU stärkste Partei geworden wäre, wenn es auch in diesem Bundesland wie in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein nur eine Stimme gegeben hätte. Bei den Wahlkreisstimmen ist die CDU jedenfalls stärkste Partei geworden.

Helmut Kohl: Das will ich auch Johannes Gerster sagen, der natürlich genau wie ich gern etwas mehr an Prozenten gesehen hätte.

endlich ein Anhalten des Rückgangs der Stimmen feststellen kann – und dies bei einem Verlust von fünf Prozent der Stimmen für die Sozialdemokraten.

Wir sind jetzt 1,1 Prozent hinter der SPD, also fast gleichstark. Gäbe es das Stimmensplitting nicht, wären wir wahrscheinlich sogar stärkste Partei; denn bei den Erststimmen sind wir deutlich vor den Sozialdemokraten. Wir haben von 51 Wahlkreisen 27 direkt gewonnen, 24 nur die SPD. 27 zu 24 ist ein kleiner Vorsprung, aber doch ein Vorsprung.

Das Neue gegenüber dem Ergebnis von vor fünf Jahren sind zwei Umstände:

Vor fünf Jahren hatte die SPD die Möglichkeit, sich einen Koalitionspartner zwischen Grün und Gelb auszusuchen. Die CDU hatte damals keine Mehrheitsmöglichkeit. Nach dieser Wahl hat die SPD nur noch einen Koalitionspartner, der zur Mehrheitsfähigkeit führt: die FDP.

Ich möchte darauf hinweisen, daß auch eine CDU/FDP-Koalition eine Mehrheit im rheinland-pfälzischen Landtag hätte. Das ist eine neue Situation für uns.

Ich werde heute im Landesvorstand und am Mittwoch in der neuen Landtagsfrakti-

on mit den Kolleginnen und Kollegen die Lage erörtern. Wir werden mit ganzer Kraft und mit voller Leidenschaft darauf hinwirken, daß die CDU Rheinland-Pfalz ihren Konsolidierungsprozeß weiterführt.

Die Hälfte der neuen Landtagsfraktion sind Abgeordnete, die zum erstenmal in den Landtag eingezogen sind; der Frauenanteil hat sich erhöht und der Anteil junger Leute auch. Ich glaube, daß wir zu einer konstruktiven Arbeit in der Lage sind.

Opposition macht Spaß. Aber ich sage auch im Hinblick auf die nächste Wahl: Jeder Spaß muß ein Ende haben. Und deshalb werden wir mit ganzer Kraft dafür kämpfen, daß sich in Rheinland-Pfalz wieder ordentliche Verhältnisse einstellen.

Die wichtigste Erkenntnis für uns ist: Die CDU Rheinland-Pfalz ist gestärkt, einig und geschlossen. Die Spitzen der Partei arbeiten harmonisch zusammen. Wir wollen gemeinsam die SPD-Regierung aus dem selbstgefälligen Stillstand herausreißen, sie zu politischem Handeln drängen, als nächstes auch die Bundestagswahl 1998 gewinnen und unsere Position als stärkste politische Kraft im Lande weiter ausbauen.

Frankfurter SPD verliert Stimmen und Mitglieder

Gerade hat sich die Frankfurter SPD unter dem Motto „Kampf gegen Arbeitslosigkeit“ zusammengerauft, da bricht eine neue Hiobsbotschaft über die Genossen herein. Nach einer Umfrage der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung würde die CDU derzeit bei einer Kommunalwahl um rund zwölf Prozent auf 46 Prozent zulegen. Die Genossen müßten dagegen zwei Prozent abgeben und kämen nur noch auf magere 30 Prozent. Auch die Mitgliederzahlen schrumpfen weiter. In

den vergangenen 14 Monaten hat die SPD Frankfurt rund 300 Parteibücher zurückbekommen. 6.176 Mitglieder bleiben noch.

Oberbürgermeisterin Petra Roth wird acht Monate nach ihrem Amtsantritt von den meisten Bürgern positiv beurteilt. 71 Prozent meinen, sie mache ihre Sache „eher gut“, wie eine Umfrage des Mannheimer Ipos-Instituts ergab. 17 Prozent bewerteten ihre Amtsführung als „eher schlecht“, zwölf Prozent waren unentschieden.

Das Wahlergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg

Das Wählervotum vom 24. März 1996 beendete die große Koalition in Baden-Württemberg, sicherte den Bestand der FDP im Land und sorgte damit gleichzeitig für eine stabile bürgerliche Mehrheit.

Die CDU ist der klare Gewinner der Wahl. Mit einem Stimmenanteil von 41,3 Prozent (= 1,974 Mio. Wähler) erzielte sie ein Plus von 1,7 Prozentpunkten (+ 14 Tsd. Stimmen). Ihr Vorsprung vor der SPD hat sich dabei gegenüber der Landtagswahl von 1992 von 10,2 auf 16,2 Prozentpunkte vergrößert. Darüber hinaus ist sie, obwohl sie die absolute Mehrheit verfehlte, allein deutlich stärker als das rot-grüne Lager zusammen: SPD und Grüne erzielten gemeinsam nur 37,2 Prozent. Die Mandatszahl der CDU im Stuttgarter Landtag vergrößert sich um 5 Sitze und liegt künftig bei 69 von insgesamt 155 Sitzen. Da die CDU alle diese Mandate direkt gewann, war sie im Kampf um die 70 Direktmandate diesmal besonders erfolgreich – nur eines ging an die SPD (Wahlkreis Mannheim I). Bei der Landtagswahl 1972 hatte sie nur 64 der 70 Direktmandate gewinnen können, und 6 gingen an die SPD.

Die FDP/DVP erzielte mit einem Stimmenanteil von 9,6 Prozent (458 Tsd. Stimmen) ihr bestes Ergebnis nach 1968. Gegenüber der Vorwahl gewann sie 3,7 Prozentpunkte (+ 167 Tsd. Stimmen) hinzu. Künftig wird sie mit 14 Sitzen im Landtag vertreten sein.

Der Anteil von Anhängern einer CDU/FDP-Koalition ist bei dieser Wahl stark angestiegen: CDU und FDP kamen zusammen auf 50,9 Prozent der Stimmen.

1992 betrug ihr gemeinsamer Stimmenanteil nur 45,5 Prozent. Sie halten zusammen jetzt 83 der 155 Mandate. SPD und B90/Grüne dagegen erreichten 37,2 Prozent und 58 Mandate.

Die SPD konnte ihren Verlusttrend, in dem sie sich seit 1972 befindet, auch diesmal nicht stoppen, sondern verlor deutlich. Ihr Anteil von 25,1 Prozent (1,199 Mio.) ist das schlechteste Ergebnis der Landes-

Wahlanalyse der

Konrad-Adenauer-Stiftung

partei in der Nachkriegsgeschichte. Gegenüber der Landtagswahl 1992 büßte sie 4,3 Prozentpunkte (- 256 Tsd. Stimmen) ein. Im Landtag ist sie künftig mit 39 Abgeordneten repräsentiert.

Die Grünen legten dagegen 2,6 Punkte (+ 113 Tsd. Stimmen) zu und erreichten mit 12,1 Prozent (581 Tsd.) erstmals in Baden-Württemberg ein zweistelliges Ergebnis. Mit diesem Ergebnis wurden sie zur drittstärksten Partei. Sie halten künftig 19 Sitze im Stuttgarter Landtag.

Insgesamt hat das rot-grüne Lager gegenüber der Vorwahl Stimmen verloren. Ihr gemeinsamer Stimmenanteil liegt um 1,7 Prozentpunkte niedriger als 1992.

Die REP übersprangen erneut die Sperrklausel. Ihr Stimmenanteil von 9,1 Prozent (458 Tsd. Stimmen) bedeutet einen Verlust von 1,8 Prozentpunkten (- 102 Tsd.) Mit 14 Sitzen sind sie im Parlament gleich stark wie die FDP vertreten.

Die sonstigen Parteien haben diesmal 2,0 Prozentpunkte weniger (- 103 Tsd.) Stimmen erhalten als bei der Landtagswahl 1992. Sie kamen insgesamt auf 2,8 Prozent (134 Tsd. Stimmen).

Die Wahlbeteiligung sank um 2,6 Punkte auf 67,5 Prozent. Nur bei den Landtagswahlen von 1952 und 1960 war sie noch geringer.

Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

1. Die CDU führte in den Augen der Bevölkerung nicht nur den besten Wahlkampf, sie war auch der eindeutige Sieger im Duell der Spitzenkandidaten Erwin Teufel und Dieter Spöri, auf das der Wahlkampf stark fokussiert war. Ministerpräsident Teufel galt als führungsstärker, kompetenter, bürgernäher und glaubwürdiger als sein Kontrahent, der seinerseits als sympathischer und sozialer eingestellt erschien. Fast 50 Prozent der Bevölkerung bevorzugten Erwin Teufel als Ministerpräsident, Spöri nur 29 Prozent. Die Zustimmung zu Teufel nahm im Zuge des Wahlkampfes seit Beginn des Jahres kontinuierlich zu, während Spöris Wert stagnierte.

2. Der personelle Charakter der Wahlentscheidung wird besonders deutlich, wenn man ins Auge faßt, daß der Wahlsieg der CDU in einer Phase zunehmend negativer wirtschaftlicher Zukunftserwartungen in Baden-Württemberg erfolgte. Zentrales Thema ist die Arbeitslosigkeit, die mehr und mehr als persönlich bedrohlich empfunden wird, mit großem Abstand vor dem Ausländer-, Asylanten- und Aussiedlerkomplex. Die CDU gilt zwar als zukunftsorientierter und kraftvoller als die SPD, die Lösung des Arbeitslosenproblems trauen ihr aber nur 25 Prozent zu, der SPD nur 15. Die Hälfte aller Bürger hält

dagegen hier keine der beiden Volksparteien für lösungsfähig.

3. Das Wählerpotential der CDU ist höher, als der Wahlausgang anzeigt. Rund 35 Prozent der CDU-Anhänger waren im Vorfeld der Wahl bereit, FDP zu wählen, um eine kleine Koalition zu ermöglichen. Die FDP profitierte demgemäß zunächst davon, daß sie, wie die Wahlprognosen signalisierten, zur Mehrheitsbeschaffung gebraucht wurde und auch eine klare Koalitionsaussage zugunsten der CDU gemacht hatte.

Darüber hinaus kam ihr zugute, daß eine CDU/FDP-Koalition nicht nur von über 90 Prozent der FDP-Anhänger, sondern auch von rund zwei Dritteln der CDU-Anhänger vor einer Alleinregierung der Union bevorzugt wurde. Im bürgerlichen Lager gibt es in Baden-Württemberg aber auch bundesweit offensichtlich ein sowohl CDU- als auch FDP-nahes Wählerpotential, das bewußt koalitionspolitisch wählt und die Korrektivfunktion der FDP in CDU-geführten Regierungen verankern will.

Die FDP verfügte schließlich in ihrem Stammland auch unabhängig von koalitionspolitischen Motiven über eine beträchtliche Akzeptanz. Ihr Wiedereinzug in den Landtag wurde von rund 40 Prozent der Bürger, quer durch alle Parteien, gewünscht. Durch die vorgenannten Faktoren wird allerdings die Höhe des FDP-Ergebnisses noch nicht hinlänglich erklärt. Sie ist das Ergebnis eines unkontrollierten Potenzierungseffektes zugunsten der FDP, der dadurch entstand, daß viele CDU-Anhänger sich in letzter Minute für sie entschieden, um am Wahltag kein Risiko einzugehen und so der FDP zu einem besonders starken Zugewinn verhalfen, der auch bei früheren Landtagswahlen in ähnlichen Situationen beobachtbar war.

4. Die schwere Niederlage der SPD geht auf die Schwäche ihres Spitzenkandidaten ebenso zurück wie auf eine populistische Wahlkampagne, die im Widerspruch zu traditionellen Positionen der SPD stand und ihrer Glaubwürdigkeit geschadet hat. Im Vorfeld der Wahl hatte die SPD im Unterschied zur CDU kein positives Kompetenzprofil. Ihre Kampagne trug dazu bei, daß sie erhebliche Stimmenanteile an die CDU, die Grünen und nicht zuletzt frustrierte SPD-Anhänger an das Nichtwähler-Lager verlor.

Die SPD-Alternative einer rot-grünen Koalition wurde darüber hinaus von fast 50 Prozent der Bevölkerung abgelehnt, gewünscht wurde sie nur von 38 Prozent.

5. Die Republikaner-Partei konnte ihr bisheriges Wahlergebnis weitgehend halten, genauer gesagt: im Wahlkampf zurückgewinnen. Sie war der Hauptgewinner der SPD-Kampagne gegen Aussiedler und die europäische Währung, die den REPs aus dem latenten rechtspopulistischen Protestpotential in Baden-Württemberg Themen und Proteststimmen zuführte. Die 96er Wahl hat bestätigt, daß das rechtspopulistische Protestpotential, vor allem sogenannte „Modernisierungsverlierer“, nicht nur relativ hoch, sondern auch leicht reaktivierbar ist. Es wirkte auch bei dieser Wahl, wenn auch im Vergleich zur Vorwahl eher indirekt, primär zu Lasten der CDU, schadete aber auch der SPD.

6. Der Zugewinn der Grünen hielt sich im Rahmen der auch in anderen Flächenstaaten (NRW und Hessen) beobachtbaren Größenordnungen, wo die Grünen Stimmenanteile von 10 bzw. 11,4 Prozent gewinnen konnten. Die Grünen konnten ihre Anhänger wieder in hohem Maße mobilisieren, die beflügelt waren von dem Wunsch, daß ihre Partei, die als ausgeprägt realo-orientiert gilt, in die Regierungsverantwortung kommt.

7. Der Wahl in Baden-Württemberg maßen fast zwei Drittel der Bevölkerung erhebliche bundespolitische Bedeutung zu. Das Abschneiden von CDU und FDP hat demgemäß auch eine bundespolitische Dimension. Auf der einen Seite sind absolute Mehrheiten für eine Partei zumindest in den alten Bundesländern immer schwerer zu erreichen. Auf der anderen Seite konnte die FDP mit ihrem Abschneiden bei den drei Landtagswahlen des 24. März 1996 den Niedergang der letzten Jahre überwinden und sich bundespolitisch stabilisieren.

CDU und FDP erreichten zusammen 50,9 Prozent der Stimmen in Baden-Württemberg und kamen damit annähernd auf das Ergebnis der Bundestagswahl von 1994 in Baden-Württemberg (53,3 %). Dieses Ergebnis ist um so höher zu veranschlagen, als die Halbzeit in Bonn normalerweise die Hochzeit der Bonner Oppositionsparteien bei Landtagswahlen ist.

Wählerströme: Die FDP hat von der Änderung des Wahlrechts in Rheinland-Pfalz profitiert. Durch das Stimmensplitting konnte sie von den beiden großen Volksparteien Wähler für sich gewinnen. Sie erzielte einen Zweitstimmenüberhang von 2,2 Prozentpunkten. Nach Umfragen wurde sie von den CDU-Erststimmenwählern stark unterstützt. Dies verdeutlicht, daß ein großer Teil der Wähler keine sozialliberale, sondern eine bürgerliche Koalition wünschten. Nach einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen, die am Vorabend veröffentlicht wurde, tendierten 58 Prozent der FDP-Wähler zu einer CDU-FDP Koalition.

Das Wahlergebnis der Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl vom 24. März 1996 stieg zum ersten Mal seit 1983 die Wahlbeteiligung wieder leicht an. Insgesamt beteiligten sich über 1,5 Mio. Wähler. Das entspricht einer Quote von 71,8 Prozent gegenüber 71,7 Prozent bei den Vorwahlen.

Die CDU konnte ihren prozentualen Stimmenanteil deutlich steigern und kam diesmal auf 37,2 Prozent der abgegebenen Stimmen (+3,4 Prozentpunkte). Absolut entschieden sich ca. 559 Tsd. Wähler für die Union; dies entspricht einem Plus von knapp 56 Tsd. Im neuen – verkleinerten – Kieler Landtag wird sie künftig mit 30 Sitzen vertreten sein. Die schleswig-holsteinische CDU verbesserte sich damit zum zweiten Mal in Folge. Sie gewann diesmal 19 Direktmandate, während sie bei der Vorwahl kein Mandat direkt errang.

Die Direktmandate gewann die CDU fast ausnahmslos in ländlichen oder kleinstädtischen Wahlkreisen. Ihre Zugewinne kamen nach der infas-Wählerwanderungsbilanz vor allem aus dem Lager der SPD (21 Tsd.), der DVU (15 Tsd.) und der ehemaligen Nichtwähler (21 Tsd.).

Die bisher alleinregierenden Sozialdemokraten erlitten mit 39,8 Prozent (-6,4 Punkte) der abgegebenen Stimmen schwere Verluste und büßten ihre knappe Mehrheit von der Vorwahl ein. Sie blieben nur noch knapp stärkste Partei. Absolut wurden sie von knapp 600 Tsd. Bürgern gewählt, das sind rund 90 Tsd. Wähler weniger als bei der Vorwahl. Im neuen Landtag wird die SPD mit 33 Sitzen vertreten sein, von denen sie 26 direkt errang. Seit der

Ausnahmewahl von 1988 befindet sich die SPD in einem steilen Abwärtstrend, der sie jetzt auf das Niveau von vor 1971 zurückgeworfen hat. Nach infas verlor die SPD vor allem an die CDU, die Grünen und an das Nichtwählerlager.

Die FDP schaffte den Einzug in den neuen Kieler Landtag erneut. Sie kam auf 5,7 Prozent, womit sie ihr Ergebnis von der Vorwahl leicht um 0,1 Punkte verbesserte.

Wahlanalyse der

Konrad-Adenauer-Stiftung

Absolut entfielen auf sie gut 86 Tsd. Stimmen (+3 Tsd.). Im neuen Landtag wird sie mit 4 Sitzen vertreten sein. Im Langfristrend ist zu beobachten, daß die FDP in Schleswig-Holstein schon mehrfach unter oder nur knapp über der Sperrklausel blieb. Daher ist dieses Ergebnis als Erfolg für die FDP zu werten.

Die Grünen schafften zum ersten Mal den Einzug in den Landtag. Mit einem Ergebnis von 8,1 Prozent (+3,2 Punkte) übersprangen sie nach fünf vergeblichen Anläufen diesmal mühelos die 5-Prozent-Hürde und werden im neuen Landtag mit 6 Sitzen vertreten sein. Auf sie entfielen ca. 122 Tsd. Stimmen (+48 Tsd.). Besonders gut schnitten die Grünen bei Jungwählern ab, bei denen sie nach infas 20 Prozent erzielten. Ihre Hochburgen lagen in den städtischen Wahlkreisen Kiel-Mitte und Lübeck.

Zusammen kamen CDU und FDP insgesamt auf 42,9 Prozent der Zweitstimmen,

Rot-grüner Schrecken ohne Ende in NRW geht weiter

„Statt eines Endes mit Schrecken geht der rot-grüne Schrecken ohne Ende in Nordrhein-Westfalen weiter.“

Mit diesen Worten kommentierte der nordrhein-westfälische CDU-Generalsekretär Herbert Reul die Entscheidung von Bündnis 90/Die Grünen auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz in Hamm, die rot-grüne Koalition in Düsseldorf fortzusetzen. Die Grünen, so Reul, seien in der Frage „Haushalt 96“ aus purem Machterhaltungswillen umgefallen.

Der Sprengstoff in der Koalition sei aber geblieben. Denn in der Sache bestehe die Blockadehaltung der Grünen in allen zentralen verkehrspolitischen Fragen weiter. Reul: „Das heißt im Klartext, auch nach der Verabschiedung des Landeshaushalts wird sich jetzt das quälende Gezerre zwischen Rot und Grün fortsetzen.“

Was soll man auch von einer grünen Regierungspartei halten,

● die zwar Mittel für den Ausbau des Dortmunder Flughafens passieren läßt, andererseits aber ankündigt, den Widerstand gegen den Flughafenausbau kräftig zu unterstützen und dafür sogar Veranstaltungen organisieren zu wollen,

● die weiterhin eine aktive Unterstützung des Widerstandes gegen den Ausbau der DüBoDo, die ICE-Anbindung an den Köln-Bonner Flughafen und den Nachtflug in Köln-Bonn ankündigt.“

Die Grünen wollten offensichtlich in all diesen Fragen auf Zeit spielen. Wenn sich die SPD in Nordrhein-Westfalen auf dieses Spiel einlasse, bleibe ihr ganzes Gerede von der Zukunft des Standortes Nordrhein-Westfalen Makulatur. „In einem solchen Klima der Verunsicherung wird kein Unternehmen in Nordrhein-Westfalen investieren. Im Gegenteil, es droht ein weiterer Verlust von Arbeitsplätzen in diesem Land“, erklärte Reul.

das entspricht im neuen Kieler Landtag 34 Sitzen, während sich für SPD und Grüne zusammen 47,9 Prozent der Wähler entschieden (39 Sitze).

Der SSW, die Vertretung der dänischen Minderheit, der von der Sperrklausel befreit ist, erzielte mit 2,5 Prozent (38 Tsd. Stimmen) ein um 0,6 Prozentpunkte (+10 Tsd.) besseres Ergebnis als bei der Vorwahl. Er wird künftig im Landtag mit 2 Sitzen vertreten sein.

Die rechtsradikalen Parteien verfehlten diesmal den Einzug in den Kieler Landtag. Die DVU kam nur noch auf 4,3 Prozent

(64 Tsd. Stimmen), womit sie 2 Punkte (29 Tsd. Stimmen) einbüßte. Die DVU scheiterte damit an der 5-Prozent-Hürde.

Wieder vier Parteien

Alle sonstigen Parteien (ohne SSW und DVU) erreichten 2,3 Prozent.

Wiederum hat die Landtagswahl in Schleswig-Holstein, wenn man von dem SSW absieht, zu einem Vierparteiensystem geführt, wenn auch unter anderen Vorzeichen als bei der Vorwahl. Anstatt der DVU zogen die Grünen in den Landtag ein.

Das Wahlergebnis der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

Bei den Wahlen in Rheinland-Pfalz konnte die CDU ihr Ergebnis aus der Vorwahl halten. Die regierende SPD mußte deutliche Verluste hinnehmen. Der Koalitionspartner FDP ging gestärkt aus dieser Wahl hervor, während die Grünen etwa bei dem Ergebnis der Vorwahl stagnieren. Trotz der Gewinne der FDP schnitt die sozialliberale Koalition um 3,0 Prozentpunkte schwächer ab als 1991 und hat ein Mandat eingebüßt.

Die CDU wurde mit einem Zweitstimmenanteil (Landesstimmen) von 38,7 Prozent (798 Tsd. Stimmen) knapp hinter der SPD zweitstärkste Fraktion. Dieses Ergebnis entspricht ihrem Anteil bei der Landtagswahl 1991. Sie hat damit die Differenz von 6,1 Prozentpunkten zur SPD aus der letzten Wahl auf 1,1 Prozentpunkte deutlich eingeschmolzen. Bei den Erststimmen (Wahlkreisstimmen) liegt die CDU um 0,7 Prozentpunkte vor der SPD. Sie erzielte 42 Prozent (861 Tsd. Stimmen). Das Erststimmenergebnis der CDU liegt um 3,3 Prozentpunkte höher als das Zweitstimmenergebnis. Im Parlament wird sie mit 41 von 101 Mandaten vertreten sein. Dies ist ein Sitz mehr als 1991.

Die SPD hat deutlich an Stimmen verloren und geht geschwächt in die neue Koalition. Sie hat damit ihre Spitzenposition eingebüßt. Sie erzielte 39,8 Prozent der Zweitstimmen. Im Vergleich zu 1991 hat sie 5 Prozentpunkte (130 Tsd. Wähler) verloren. Auch die SPD konnte mehr Erst- als Zweitstimmen auf ihrem Konto verbuchen. Sie erhielt von 41,3 Prozent der Wähler die Wahlkreisstimmen. Dies sind 1,5 Prozent-

punkte mehr Erst- als Zweitstimmen. Sie wird mit 43 Mandaten im neuen Landtag vertreten sein; 4 weniger als 1991.

Die FDP hat mit 8,9 Prozent ihr Vorwahlergebnis um 2 Prozentpunkte verbessert und geht gestärkt in die sozialliberale Koalition. Insgesamt gaben 184 Tsd. Wähler der FDP ihre Zweitstimme. Dies sind 38 Tsd. mehr als 1991. Das Wahlergebnis von 1996 ist das beste seit 1963. Die FDP

Wahlanalyse der

Konrad-Adenauer-Stiftung

erhält im neuen Landtag 10 Sitze. Das sind drei mehr als 1991.

Die Grünen stagnieren in Rheinland-Pfalz etwa auf dem Niveau der Vorwahl. Sie haben ihr Ergebnis von 1991 um 0,4 Prozentpunkte verbessert und erzielten 6,9 Prozent der Zweitstimmen (143 Tsd. Wähler). Sie ziehen mit 7 Abgeordneten in den neuen Landtag ein.

Die sonstigen Parteien erhielten insgesamt 5,7 Prozent der Zweitstimmen. Unter ihnen erhielten die REP 3,5 Prozent. Dies sind 1,5 Prozentpunkte mehr als bei der letzten Wahl. Unter den Splitterparteien sind lediglich die Grauen, die bei 0,7 Prozent der Wähler Unterstützung fanden und die ÖDP, die von 0,5 Prozent gewählt wurde, erwähnenswert.

Die Wahlbeteiligung lag bei 70,8 Prozent und ist im Vergleich zu 1991 um 3,1 Prozentpunkte gesunken. Dies ist die tiefste Wahlbeteiligung, die in Rheinland-Pfalz je erzielt wurde. ■

Kampagne gegen den EURO war ein Reinfall

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Günter Rinsche, erklärte zum Ergebnis der Landtagswahlen vom 24. März:

Das gute Wahlergebnis der CDU bei den Wahlen zu drei Landesparlamenten am Sonntag und insbesondere der klare Wahlsieg der CDU in Baden-Württemberg hat deutlich gemacht, daß der CDU unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl nach wie vor die größte Kompetenz zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen und zur Sicherung der Arbeitsplätze zugetraut wird.

Die Wahlkampagne der baden-württembergischen SPD gegen den EURO unter ihrem Spitzenkandidaten Spöri, die nach

dem Motto geführt wurde, „Wenn wir schon nichts Neues zu bieten haben, dann schimpfen wir wenigstens auf Europa“, hat sich als klarer Reinfall erwiesen.

Das Vertrauen der Wähler in die Politik der wirtschaftlichen Stabilität und sozialen Sicherheit der CDU bestätigt den Kurs der Partei Helmut Kohls. Die Europapolitik ist ein zentraler Bestandteil dieser Politik, da langfristig nur im europäischen Rahmen die Ziele der wirtschaftlichen Stabilität erreicht werden können. Die Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament werden sich auch weiterhin dafür einsetzen, daß die Politik der wirtschaftlichen Stabilität und sozialen Sicherheit der Bundesregierung auf europäischer Ebene ihre notwendige Ergänzung findet.

Wahlsieger Euro

Die CDU hat die Wahl in Baden-Württemberg gewonnen, die FDP auch – und noch einer, der bei der parteipolitischen Analyse leicht übersehen wird: der Euro. Noch bevor der SPD-Vorkämpfer im Südwesten, Dieter Spöri, auf unappetitliche Weise das Thema Aussiedler besetzte, hatte er sich auf die Währungsunion eingeschossen. Gezielt die Lufthoheit über den Stammtischen anstrebend und volkswirtschaftliche Vernunft hintenanstellend, warnte er vor dem Geldverbund als „Vernichtungsprogramm“ für deutsche Arbeitsplätze und glaubte wohl, so die Wählermassen für sich mobilisieren zu können. Dementsprechend kamen die Genossen im Ländle denn auch auf ihren Wahlplakaten daher, obgleich Parteichef Oskar Lafontaine den übelsten Entwurf („Stabile Währung statt noch mehr Arbeitslose.

1999 kein Euro!“) stoppte. Die leicht abgeschwächten Parolen blieben „politischer und ökonomischer Unsinn“, meint nicht nur Klaus Hänsch, Präsident des Europa-Parlaments – und Sozialdemokrat.

Anders als der baden-württembergische 25-Prozent-Mann, der sich im Wahlkampf gerne einen „Freund der Bosse“ nennen ließ, denken über Europa und die Geldunion nicht nur die schwäbischen Bosse, sondern offenkundig drei von vier Wählern. Das bei der SPD – nicht nur im Südweststaat – so beliebte Spiel mit der Euro-Angst zahlt sich nicht aus, jedenfalls nicht für jene, die es betreiben. Vielleicht sollten die Genossen deshalb besser lernen, diesen Wahlsieger vom Sonntag zu lieben oder zumindest konstruktiv-kritisch mit ihm umzugehen.

aus: Frankfurter Rundschau vom 26. März

Der Frühlingswind weht für die CDU/CSU wieder lebhafter

Helmut Kohl sitzt fest im Sattel

Aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein erschallen Fanfarenstöße in Richtung Bonn: Die FDP lebt. Sie kann nach ihren bravourösen Erfolgen rechnerisch wenigstens in zwei Ländern Regierungspartner werden; in Stuttgart mit der CDU sowie in Mainz mit der SPD oder der CDU. Dagegen hat sich die SPD auch unter Lafontaine nicht erholt: Bundesweit kommt sie nicht über ein Drittel der Stimmen hinaus; bei den drei Landtagswahlen ist sie sogar abgemagert. Aber die CDU hat leicht zugenommen. Kohl sitzt fest im Sattel, zumal sich bundesweit 53 Prozent der Wähler für ihn und nur 35 Prozent für Lafontaine als Kanzler aussprechen. Der Frühlingswind weht für die CDU/CSU wieder lebhafter; bundesweit hat sie sich laut der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen zum erstenmal seit Oktober 1995 wieder verbessert: auf 44 Prozent (+ 3).

Frankfurter Allgemeine

Rückenwind für die Bonner Koalition

Diese Wahlen waren in allen drei Ländern keine wirklichen Landeswahlen. Die großen Themen, vor allem die Probleme Wirtschaft und Soziales, im Grund zentrale Bundesthemen, sie haben alles andere überlagert. Besonders deshalb auch gibt dieses Ergebnis Rückenwind für die Bonner Regierungskoalition und Helmut Kohl. Die Grünen haben im Norden und im Süden zwar

deutlich zugelegt, aber das rot-grüne Projekt wurde insgesamt nicht befördert, und auch das Gespenst der großen Koalition ist wieder im Gruselkeller angekettet worden.

DLR-Berlin

Rundfunk- und Pressekommentare zu den Wahlergebnissen der drei Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein am 24. März

CDU gewinnt deutlich hinzu

Die FDP feiert eine Wiederauferstehung – überzeugender, als selbst die größten Optimisten in der Partei gehofft hatten. Ganz offenbar, weil der Wähler sie für unverzichtbar hält, gerade auf Bundesebene. Die SPD hat in allen drei Landesparlamenten verloren. Ihre Wähler wünschen, bestärkt durch das Gezerre in Nordrhein-Westfalen offensichtlich keine rot-grüne Koalition, auch wenn sie voraussichtlich in Schleswig-Holstein eine bekommen. Und sicherlich hat der Wahlkampf gegen die Europa- und Aussiedlerpolitik der Bundesregierung nicht nur den Republikanern genützt, sondern auch der SPD geschadet. Und die CDU schließlich, sie gewinnt im Saldo deutlich hinzu. Der Wähler will also nicht nur keine rot-grüne Koalition in Bonn, er will auch die vielberedete große Koalition nicht. Er vertraut angesichts der riesigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Kompetenz der CDU/FDP-Regierung in Bonn.

ARD

Helmut Kohl darf zufrieden sein

Die Liberalen sind noch einmal davon gekommen. Nach den wenig verheißungsvollen Umfragen zu Beginn des Jahres und den personellen Querelen der Vergangenheit kann die FDP jetzt wieder tief durchatmen. Ihr freier Fall in die landespolitische Bedeutungslosigkeit ist – jedenfalls vorerst – gestoppt. Für Euphorie besteht in den Reihen der Liberalen gleichwohl kein Anlaß, denn festzuhalten bleibt, daß sie sich bei ihren „Schicksalswahlen“ landespolitisch angesichts der verheerenden Niederlagen bei den vorangegangenen Landtagswahlen lediglich stabilisiert haben. Zufrieden darf auf jeden Fall Bundeskanzler Helmut Kohl angesichts des guten Abschneidens der Liberalen und der CDU bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg am vergangenen Sonntag sein, denn die Bonner Koalition ist durch dieses Wahlergebnis gefestigt worden. Kohl hat in dem Fernduell mit Lafontaine einen klaren Punktsieg errungen. Die Spekulationen über eine große Koalition, die nie auf einer realen Grundlage basierten, dürften vorerst beendet sein.

Handelsblatt

FDP wieder voll da

Die Liberalen können die Sektkorken knallen lassen. Ihr Abschneiden bei den drei Landtagswahlen ist geradezu sensationell. Mit dem großen Erfolg ist nicht nur die Serie demütigender Niederlagen gestoppt, sondern auch das Gewicht der FDP auf Bundesebene erheblich gestärkt worden. Mit der Partei ist wieder zu rechnen. Rot-grün als Alternative ist nach den Querelen in NRW wohl nicht nach dem Geschmack vieler Wähler, die mit ihrem Kreuz bei der FDP auch ein bundespolitisches Signal setzen. Daran

ändern die Gewinne der Ökopartei nichts.

Verlierer des Abends ist eindeutig Lafontaine SPD, die überall Verluste einfuhr und jetzt einen Bruch der Bonner Koalition vergessen kann. Kohl kann sich dagegen beruhigt zurücklehnen: Seine Koalition ist gerettet. In Stuttgart ist die ungeliebte große Koalition der CDU mit der SPD seit gestern Geschichte – die Niederlage der SPD dort kommt einem Debakel gleich – und in Schleswig-Holstein muß sich die bisher alleinregierende und ebenfalls arg geschöpfte Heide Simonis nach einem Partner umsehen.

Express

Wieder auferstanden

Zieht man landespolitisch Bilanz, so scheint ein Erdbeben ausgeblieben. Und doch haben diese drei Wahlen die politische Landschaft in der Bundesrepublik gründlich verändert. Das wichtigste Ergebnis ist dabei die Wiederauferstehung der Liberalen. Seit Jahren sind sie – von Hessen abgesehen – in einer Landtagswahl nach der anderen an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Sie waren abgeschrieben, ein „liberales Auslaufmodell“. Davon kann nach der Rückkehr in die drei Landtage wohl keine Rede mehr sein. Freilich muß sich die FDP vor Überschwang hüten. Sie hat klar von „Koalitionswählern“ profitiert.

Der große Erfolg der Liberalen wird die Bonner Regierung stabilisieren. Alles Gerede von einer großen Koalition im Bund hat sich nach dieser Wahl erledigt. Warum sollte die stabilisierte FDP das Bündnis verlassen? Obendrein kommt Bonn – zumindest psychologisch – die Tatsache zugute, daß Erwin Teufel im Bundesrat nicht mehr auf die SPD Rücksicht nehmen muß.

Die Welt

Kein schöner Tag für die SPD

Alles in allem ein schöner Tag für die Bonner Koalition. Das Gespenst große Koalition in Bonn ist damit vertrieben. Kein schöner Tag für die SPD. Entschieden haben sich die Wähler für diejenigen, denen sie in wirtschaftlich schwieriger Zeit am ehesten Kompetenz zutrauen.

ZDF

Sozialdemokraten böses gerupft

In der Bonner Koalition kann aufgetmet werden: Der überzeugende Wahlerfolg der Liberalen bringt Ruhe und Stabilität in das Regierungsbündnis von Kanzler Kohl. Das Gerede von Neuwahlen oder gar einer großen Koalition ist vom Tisch. Die Wähler haben die neue Linie der FDP honoriert – gegen den Steuer- und Abgabenstaat. Gedanken muß sich Oskar Lafontaine machen: Das Ergebnis der drei Bundesländer wurde nicht zum erwarteten „Denkzettel“ für die Bonner Regierung. Ganz im Gegenteil: In diesen ersten Wahlen mit ihm als SPD-Chef wurden die Sozialdemokraten böses gerupft.

Bild

SPD hatte nichts zu bieten

Zwei Ergebnisse sind besonders bemerkenswert. Erstens, die bereits politisch totgesagte FDP hat nicht nur ein Überraschungsergebnis als Mitleidseffekt einfahren können, sondern sie ist politisch wieder da. Die SPD kann zweitens kaum darauf hoffen, mit ihrer bisherigen Strategie in Bonn an die Macht zu kommen, weder in der Kombination Rot-Grün noch in der großen Koalition. Angesichts einer verheerenden Lage auf dem Arbeitsmarkt und wirtschaftlichen Problemen nationaler und internationaler Art könnte ein Regierungswechsel offenbar nur mit überzeugenden, erfolgversprechenden Konzepten von

den Wählerinnen und Wählern in Erwägung gezogen werden. Diese Konzepte aber hat die SPD nicht zu bieten. Sie hat nicht einmal Politiker, die ihre persönliche Glaubwürdigkeit dafür ausgeben können, wie dies der Bundeskanzler kann. Die Partei wird sich – das ist nach diesem Wahlsonntag klar – nicht an die Macht schleichen oder taktieren können. Da ist mehr als je zuvor ein glaubwürdiges Konzept gefragt. Das haben aber gegenwärtig offensichtlich weder Lafontaine noch Schröder zu bieten. Es hätte zwar auch noch schlimmer kommen können, aber das Desaster kann niemand im Ollenhauer-Haus leugnen. Auch Lafontaine hat keine Zeit mehr, das Ruder rumzureißen, auch wenn in diesem Jahr keine weiteren Wahlen mehr anstehen.

Hessischer Rundfunk

Das Gerede von der großen Koalition ist vom Tisch

Die bevorstehenden Ergebnisse der Landtagswahlen im Dreierpack sind erstens die Rückkehr der FDP in die Landtage von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein (und dies, im Süden, mit guten Zugewinnen) und zweitens die empfindlichen Einbußen der SPD bis zu mehr als sechs Prozentpunkten. Damit ist das bundespolitische Fazit der „kleinen Bundestagswahl“ mehr als deutlich: Das monatelange Gerede über eine große Koalition in Bonn – eine erneut geschlagene FDP würde im Bund aus Angst vor dem Tode Selbstmord begehen – ist vom Tisch. Die schon totgesagten Liberalen sind auf gar nicht wundersame Weise, nämlich durch Hilfe von CDU-Sympathisanten, unter ihrem neuen Chef Gerhardt auferstanden.

Rheinische Post

Das „Bündnis für Arbeit“ trägt bereits erste Früchte

Unkenrufen und Untergangsprophezeiungen zum Trotz: Das „Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung“ lebt. Die gemeinsame Vereinbarung von Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften beim Bundeskanzler ist der richtige Weg zu wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen der Zukunft. Das Bündnis trägt bereits erste Früchte.

Am 20. März 1996 haben sich Arbeitgeber und Gewerkschaft in der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie auf ein Bündnis für Beschäftigung und Ausbildung für die über 250.000 Beschäftigten dieses Industriezweiges verständigt. Mit Tarifverträgen nach Maß können Betriebsräte und Unternehmensleitungen auf Betriebsebene über Lohnzuwachs, Arbeitsplatzsicherheit und mehr Flexibilität bei den Beschäftigungszeiten entscheiden.

Auch in vielen Unternehmen etwa des Maschinenbaus und des Automobilgewerbes sind mittlerweile Beschäftigungsbündnisse geschlossen worden. Diese Beispiele zeigen: Mit Vernunft und Kompromißbereitschaft auf allen Seiten ist es möglich, die richtigen Signale für Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in Deutschland zu geben. Damit werden diejenigen wider-

legt, die das „Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung“ totreden wollen.

Angesichts von 4,3 Millionen Arbeitslosen in Deutschland ist und bleibt jeder Bündnispartner verpflichtet, Beschäftigung wirklich Vorrang einzuräumen. Destruktive Kritik und Miesmacherei, die in den letzten Tagen gelegentlich zu hören waren, sind unverantwortlich. Die Bündnisver-

Von Bundesminister Friedrich Bohl

sprechungen müssen eingehalten werden. Konstruktives und schnelles Handeln ist gefordert. Dies gebietet die Solidarität mit denjenigen, die ohne Arbeit sind.

Die Bundesregierung setzt ihren Beitrag für das „Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung“ unverzüglich um. Wir werden das Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze Punkt für Punkt abarbeiten. Mittlerweile befinden sich sieben Maßnahmen in der praktischen Umsetzung, bei elf weiteren Maßnahmen hat die Bundesregierung die entsprechenden Beschlüsse gefaßt, die Zustimmung des Parlaments oder Genehmigung auf europäischer Ebene stehen noch aus.

Handwerk bildet mehr als 600.000 Lehrlinge aus

Mit 605.752 Lehrlingen (+ 3 Prozent), die am 31. Dezember 1995 in den Lehrlingsrollen der Handwerkskammern registriert waren, unterstreicht das Handwerk einmal mehr seine Rolle als „Ausbilder der Nation“. Der Präsident des Zentralverbandes des Deut-

schen Handwerks (ZDH), Heribert Späth, bewertete vor allem das große Engagement der Handwerksbetriebe in den neuen Bundesländern positiv. Sie konnten innerhalb von fünf Jahren die Zahl der Lehrverträge um über 100.000 steigern.

1. Juli 1996: Renten steigen mit den Nettolöhnen

Die Renten folgen den Löhnen. Sie werden nach einem klaren gesetzlichen Maßstab entsprechend den Nettolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer angepaßt. Dies ist in der Rentenreform von 1992 mit großer Mehrheit im Deutschen Bundestag beschlossen worden.

● Im vergangenen Jahr sind die Nettolöhne gestiegen, wenn auch nur gering. So können auch die Renten zum 1. Juli 1996 erhöht werden. Und es kommt nicht zu ei-

Gemeinsamkeit schafft

Sicherheit für die Renten

ner Rentenabsenkung, wie gelegentlich gemeldet wurde. Die Renten steigen in den alten Bundesländern um 0,95 Prozent.

● Ausgezahlt erhalten die Rentner tatsächlich 0,46 Prozent mehr. Denn ab 1. Juli soll der Versicherungsschutz auch für stationäre Pflege gelten, wofür der Beitrag zur Pflegeversicherung steigt. Außerdem erhöht sich der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner.

● In den neuen Bundesländern sollen die Renten ab 1. Juli 1996 nach dem gleichen Verfahren wie in den alten Bundesländern angepaßt werden. Sie wachsen damit so wie die Nettolöhne und -gehälter im letzten Jahr in den neuen Ländern. Die dazu laufenden parlamentarischen Beratungen müssen noch abgeschlossen werden.

● Die Verbindung von Renten und Löhnen hat sich bewährt. Sie hat den Rentnern in den alten Bundesländern in den letzten

40 Jahren die Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt gesichert. Jung und alt sitzen in einem Boot. Die heute Erwerbstätigen finanzieren mit ihren Beiträgen zur Rentenversicherung die Renten der Älteren. Und sie erwerben sich damit eigene Ansprüche in der Rentenversicherung.

● Arbeit und Rente gehören zusammen. Je mehr Beschäftigte in die Rentenversicherung einzahlen, um so stabiler ist das Fundament der Alterssicherung. Deshalb ist das „Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung“ von Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften auch ein Pakt für die Rentensicherheit.

Die für die Umsetzung notwendigen Gesetze und Verordnungen müssen noch vom Parlament beraten und beschlossen werden.

Jahresprogramm „Frischluff“

Ab sofort ist das neue Jahresprogramm des christlich demokratischen Kinder- und Jugendverbandes wieder erhältlich. Die umfangreiche Broschüre, die alle geplanten Veranstaltungen für das Jahr 1996 enthält, von Seminaren und Fachtagungen bis zu internationalen Jugendbegegnungen und Ferienfreizeiten, kann in der Bundesgeschäftsstelle des Verbandes bestellt werden:

Frischluff e.V.
Annaberger Straße 283
53175 Bonn
Tel.: 02 28/31 00 23
Fax: 02 28/31 47 03

Den Aufbau Ost fortsetzen

Zum Aufbau in den neuen Bundesländern erklärte in Dresden der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Meine ersten Betriebsbesuche als neuer wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich in den neuen Bundesländern durchgeführt. Am 21./22. März 1996 besuchte ich Betriebe des Maschinen- und Anlagebaus in Chemnitz und Plauen, bewußt an Standorten außerhalb der großen Entwicklungszentren.

Dabei zeigte sich, daß bei allen Problemen die Bilanz der Politik der Bundesregierung zum Aufbau in den neuen Ländern angesichts der desolaten Ausgangslage zum Zeitpunkt der Einheit vor 6 Jahren ausgesprochen positiv ist. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß in vielen Teilen Ostdeutschlands eine bevorzugte Förderung noch über mehrere Jahre hinweg erforderlich ist. Die Weichen dafür sind gestellt:

- Fortsetzung der 5prozentigen Investitionszulage
- Fortsetzung der Sonderabschreibungen für betriebliche Ausrüstungsinvestitionen
- Einführung von langfristig gebundenem Beteiligungskapital
- Aussetzung der Vermögen- und Gewerbesteuer
- Sonderförderung durch das Eigenkapitalhilfe-Programm.

Diese Maßnahmen werden durch die Haushaltssperre nicht berührt.

Damit wird die erfolgreiche Förderpolitik fortgesetzt. Wenn auch in Ost- und Westdeutschland die Zahl der Arbeitslosen steigt, so gibt es dennoch eine positive Ent-

wicklung für Ostdeutschland zu melden: Die Zahl der Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern stieg 1995 um 1,8 Prozent auf 6,42 Millionen (alte Bundesländer: ./ 0,7 Prozent). Auch für 1996 wird mit einem leichten Anstieg der Erwerbstätigenzahl gerechnet.

Meine Gespräche in Sachsen haben deutlich gemacht, daß die Menschen in den neuen Ländern einen enormen Strukturwandel in Wirtschaft, Gesellschaft und im persönlichen Leben bewältigt haben. Westdeutschland hat diesen Prozeß finanziell und durch den persönlichen Einsatz vieler Unternehmer und anderer Menschen auf allen Ebenen unterstützt.

Auch die Menschen im Westen müssen umdenken

Wenn wir die erzielten Erfolge und die weiteren notwendigen Unterstützungsleistungen zum Aufbau in den neuen Ländern nicht gefährden wollen, so müssen auch die Menschen im Westen umdenken und sich ein Beispiel am Verzicht und an der Bereitschaft zum Strukturwandel vieler im Osten nehmen. Ich habe den Eindruck, daß die Menschen hier die Zusammenhänge zwischen Lohn- und Lohnzusatzkosten, Produktivität und Arbeitsplätzen bereits besser verstanden haben als viele im Westen. Bei den Lohnverhandlungen muß Augenmaß bewahrt werden.

Bei der Bewältigung der großen Herausforderungen der Zukunft müssen gerade auch die Westdeutschen zu einer verstärkten Zukunftsorientierung bereit sein. Überkommene Besitzstände dürfen nicht zum Tabu erklärt werden, so daß eine bessere Zukunft für den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland erreicht werden kann.

Meister-BAföG unter Dach und Fach

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 22. März das Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung gebilligt.

Abweichend von der Regierungsinitiative zur Aufstiegsfortbildungsförderung, die vor allem an der Frage der Lastenaufteilung zwischen Bund und Ländern und der Behördenzuständigkeit gescheitert war, sieht das jetzt vom Deutschen Bundestag am 1. März 1996 beschlossene und nunmehr vom Bundesrat bestätigte Gesetz vor, daß die Länder an den Kosten mit 22 Prozent beteiligt werden. Die Regierungsinitiative hatte ursprünglich eine Kostenbeteiligung in Höhe von 35 Prozent vorgesehen. Für die Durchführung des Gesetzes sind die Länder zuständig.

Gefördert werden nach dem jetzt beschlossenen Meister-BAföG berufliche Fortbildungen, die auf eine bundes-, landes- oder kammerrechtlich geregelte Bildungsprüfung oberhalb des Niveaus einer Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses vorbereiten und in Teilzeit- oder Vollzeitform nicht weniger als 400 Unterrichtsstunden dauern. Während der Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen wird zu den Kosten der Lehrveranstaltung ein Beitrag in Form eines zinsgünstigen Bankdarlehens bis zur Höhe von 20.000 Mark gewährt (Maßnahmebeitrag).

Die Leistungen:

Die Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen erhalten einkommens- und vermögensabhängige monatliche Leistungen bis zu einer Höhe von 1.045 Mark. Ein Teil dieses Betrages (bis zu 373 Mark monatlich) wird als Zuschuß, der Rest über ein zinsgünstiges Bankdarlehen finanziert. Das Bankdarlehen erhöht sich für Verheiratete um 420 Mark und für jedes Kind um 250

Mark. Darüber hinaus ist – nunmehr auch bei Teilzeitmaßnahmen – ein zinsgünstiges Bankdarlehen zur Finanzierung der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren und ein Zuschuß zu den notwendigen Kinderbetreuungskosten vorgesehen. Während der Dauer der Fortbildung und bis zu zwei Jahre danach sind die Darlehen zins- und tilgungsfrei.

Rüttgers: Sprungbrett für Gesellen und Facharbeiter

Anläßlich der Zustimmung des Bundesrates zu dem vom Bundestag am 1. März verabschiedeten Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung („Meister-BAföG“) erklärte der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rüttgers:

Das „Meister-BAföG“ ist ein Sprungbrett für jährlich rund 90.000 leistungsfähige und leistungsbereite Gesellen und Facharbeiter zur Verwirklichung ihrer Zukunftspläne. Sie werden jetzt in die Lage versetzt, neue Betriebe zu gründen und bestehende zu erhalten. Das schafft rund 60.000 Arbeitsplätze. Und das Angebot an Ausbildungsplätzen wird ebenfalls steigen.

Die Bundesregierung hat ihr Versprechen eingelöst. Die staatliche Förderung von beruflichen Aufstiegsfortbildungen ist der Motor für die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Der Einsatz der Bundesregierung für ein sachlich ausgewogenes und finanziell tragbares Förderungsgesetz für den beruflichen Fachkräftenachwuchs hat sich gelohnt.

Das Gesetz wird in den nächsten Tagen mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt rückwirkend zum 1. Januar 1996 in Kraft treten.

Neue Kursbestimmung in der Berufsbildungspolitik

Anläßlich des Kabinettsbeschlusses zum Perspektivbericht Berufliche Bildung erklärte Jürgen Rüttgers, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie:

Mit dem Perspektivbericht Berufliche Bildung nimmt die Bundesregierung eine neue Kursbestimmung in der Berufsbildungspolitik vor. Die Anstrengungen aller Beteiligten zur Schaffung zusätzlicher Lehrstellen sollen damit einen zusätzlichen Impuls erhalten.

Im Jahr 1995 haben wir bereits eine Trendwende bei den Lehrstellen erreicht. Zum ersten Mal seit zehn Jahren gibt es wieder mehr neue Lehrstellen als im Vorjahr. In den neuen Ländern hat der Zuwachs der betrieblichen Ausbildungsverträge mit plus 11 Prozent erheblich an Fahrt gewonnen. Die dort noch vorhandene Angebotslücke haben wir mit der Gemeinschaftsinitiative Ost, also mit staatlich finanzierten, außerbetrieblichen Lehrstellen geschlossen (bis zu 14.500). Insgesamt gab es in Deutschland eine ausgeglichene Bilanz zwischen Angebot und Nachfrage.

Auf diesem Erfolg können wir aufbauen. Doch es sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich. In den kommenden zehn Jahren ist eine steigende Zahl von Lehrstellen erforderlich. Die Zahl der Schulabgänger wird weiter wachsen, die Nachfrage nach betrieblichen Lehrstellen steigen. 1996 werden in Deutschland rund 620.000 Lehrstellen gebraucht, 1997 werden es gut 630.000 sein. In den neuen Ländern werden davon jeweils 140.000 Lehrstellen benötigt. Insgesamt rechnen wir in ganz Deutschland aus heutiger Sicht bis zum

Jahr 2006 mit einem Ausbildungsplatzbedarf von rund 705.000 Plätzen.

Die Wirtschaft hat zugesagt, bis 1997 die Zahl der Lehrstellen um 10 Prozent zu steigern, überproportional in den neuen Ländern. Bisher hat sie rd. 2 Prozent zugelegt. Das heißt, daß ein Zuwachs von weiteren 8 % aussteht. Eine Gemeinschaftsinitiative in den neuen Ländern wird es in diesem Jahr nicht mehr geben.

Die Bundesregierung wird ihren Beitrag zur Ausbildungsplatzsteigerung auch in diesem Jahr leisten. In der Bundesverwaltung wird es 1996 mindestens 5 % mehr Lehrstellen geben. Doch auch die Länder und Kommunen stehen in der Pflicht. Bislang haben sie sich geweigert, konkrete Zahlen vorzulegen. Nur damit aber ließe sich die Vermutung aus der Welt schaffen, daß sich Länder und Kommunen aus ihrer Ausbildungsverantwortung gegenüber den jungen Menschen zurückziehen.

Die Ausbildung im Betrieb ist der Kern und das Erfolgsrezept der deutschen Berufsausbildung. Aber nur $\frac{1}{3}$ der Betriebe bilden aus. Die Gründe: Die Zeiteile in der Ausbildung haben sich in Richtung Schule verändert, die Kosten für die Betriebe sind auch durch rechtliche Anforderungen gestiegen, die nicht mehr zeitgemäß sind. Ziel des Perspektivberichtes Berufliche Bildung ist es, den Kurs neu zu bestimmen und die Erfordernisse der Ausbildungsbetriebe stärker zu berücksichtigen. Die Bundesregierung hält in diesem Zusammenhang folgende Maßnahmen für erforderlich:

- Die Länder müssen den Berufsschulunterricht flexibler organisieren. Lehrlinge sollen in Zukunft während eines größeren

Teils ihrer Ausbildung an vier vollen Wochentagen im Betrieb sein.

Ferner müssen Kammern und Innungen die Ausbildungszeiten in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen auf das unbedingt Notwendige beschränken.

● Die bisher einjährige Anrechnung des schulischen Berufsgrundbildungsjahres auf die betriebliche Ausbildungszeit soll auf sechs Monate verkürzt werden. Eine darüber hinausgehende Anrechnung bleibt möglich.

● Erwachsene Lehrlinge sollen zukünftig auch an Berufsschultagen noch in den Betrieb.

Nachdem inzwischen die Mehrheit der Auszubildenden 18 Jahre und älter ist, ist die Ausdehnung von Freistellungsvorschriften im Jugendarbeitsschutzgesetz auf Erwachsene ein ernstes Ausbildungshemmnis. Diese Vorschriften werden auf Jugendliche beschränkt.

● Die Vorschrift über die Eignung der betrieblichen Ausbilder werden flexibilisiert. Wer nachweislich über die erforderlichen Qualifikationen verfügt, dem sollen formale Prüfungen sowie kostenträchtige und zeitaufwendige Vorbereitungslehrgänge erspart werden. Das erleichtert insbesondere kleinen Betrieben den Einstieg in die Ausbildung. Ich werde in diesen Tagen die entsprechende Änderungsverordnung unterschreiben.

Mehr Ausbildungszeit im Betrieb bedeutet auch schnellere Anpassung der Berufsausbildung an den Strukturwandel. Die Bundesregierung wird dies mit weiteren Maßnahmen unterstützen:

● Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften haben vereinbart, die Mo-

dernisierung von Ausbildungsberufen zu beschleunigen. Länger als 1 Jahr darf das Verfahren künftig nicht mehr dauern.

● Bei über 100 Ausbildungsberufen mit derzeit rund 460.000 Auszubildenden ist seit 1995 die Modernisierung abgeschlossen oder im Gang. Sieben modernisierte Ausbildungsordnungen wurden bereits in Kraft gesetzt. 1996 werden fünfzehn weitere hinzukommen. Bei rund 80 Berufen wird zur Zeit an der Modernisierung gearbeitet.

● Wir werden die Entwicklung neuer Berufe mit Zukunft in Beschäftigungsfeldern mit großen Wachstumspotentialen weiter vorantreiben. Neue Berufe müssen innerhalb von 2 Jahren fertig sein.

● Das Angebot an Ausbildungsberufen muß stärker differenziert werden, damit mehr Jugendliche mit Lernschwierigkeiten oder eher praktischen Begabungen Ausbildungschancen haben. Ich dränge deshalb Gewerkschaft und Arbeitgeber, sich endlich über zweijährige Ausbildungsberufe und neue Stufenausbildung zu verständigen.

Berufliche und allgemeine Bildung sind gleichwertig. Dieses Prinzip muß sich in der Wirklichkeit wiederfinden. Mit dem Gesetz zur Förderung der Aufstiegsfortbildung (Meister-BAföG) hat die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag geleistet.

Wenn wir weiterkommen wollen, muß auch an anderen Stellen ernst gemacht werden mit der Gleichwertigkeit. Berufliche Bildungsabschlüsse dürfen nicht schlechter bewertet werden als vergleichbare allgemeine Abschlüsse. Auch der öffentliche Dienst hat hier Nachholbedarf.

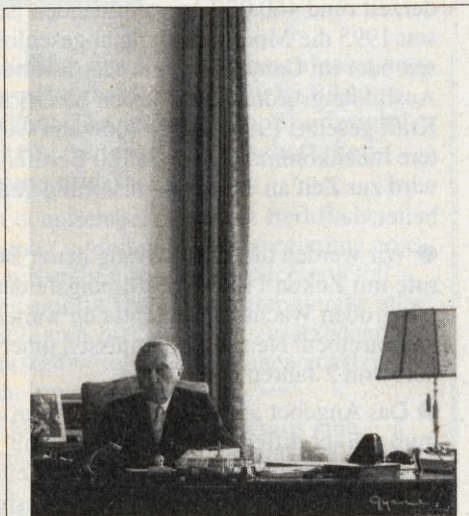
**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

KONRAD ADENAUER IM PORTRAIT 1917–1966



KONRAD ADENAUER IM PORTRAIT 1917–1966

60 Portraits mit Zitaten Konrad Adenauers erzählen auf 120 Seiten die Bildgeschichte eines der wichtigsten Politiker, die Deutschland im 20. Jahrhundert prägen.

Mit Texten von Rolf Sachsse, einer Konrad-Adenauer-Biographie in Daten und den Biographien der Photographen

Ein
faszinierender
Bildband
über
das
Leben
des
ersten
Kanzlers
der
Bundesrepublik
Deutschland

Herausgeber: Kölnisches Stadtmuseum, Kölnische Galerie, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf.

Bezogen werden kann der Band zum Preis von DM 38,- inkl. Porto bei: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Bildungszentrum Schloß Eichholz, Postfach 1331, 50387 Wesseling
Telefon (0 22 36) 7 07-2 84
Telefax (0 22 36) 7 07-2 30.

CDU am Ball

Das Fußballereignis des Jahres findet in diesem Jahr in England statt. Vom 8. bis 30. Juni spielen die 16 besten Nationalteams Europas um den EM-Titel. Und die CDU ist mit am Ball mit dem EM-Kalender 1996. Das Vorwort von Bundeskanzler Helmut Kohl, ausführliche Informationen über unsere Mannschaft, unsere Gegner und den Spielmodus finden Sie dort selbstverständlich, ebenso natürlich die Spielpläne. Der EM-Kalender bietet aber noch mehr: Ein Preisausschreiben mit attraktiven Gewinnen. Greifen Sie jetzt zu und zeigen Sie, daß die CDU immer am Ball ist.

Der EM-Kalender ist ab sofort beim IS-Versandzentrum,
Postfach 11 64, 33759 Versmold,
Fax (0 54 23) 4 15 21, zu bestellen.

Bestellnummer: 2137

Verpackungseinheit: 500 Exemplare

Verkaufspreis je Einheit: 40,- DM

Fußball-Europameisterschaft

8. bis 30. Juni 1996
England



CDU

»News« zur Fußball-EM

Die **deutsche Mannschaft** wird in Manchester im **Mottram Hall Hotel**, nur 22 km vom Stadion entfernt, wohnen. Das Haus hat 133 Zimmer und liegt **mitte in einer Golfanlage**.

Das Stadion „**Old Trafford**“ in Manchester, in dem die deutsche Mannschaft ihre Vorrundenspiele austrägt, ist mit einer Kapazität von 55.300 Zuschauern das **zweitgrößte Stadion** in England.

Die **gelben Karten** aus den Qualifikationsspielen **behalten ihre Gültigkeit**. Das bedeutet, daß die Nationalspieler Jürgen Klinsmann und Steffen Freund im ersten Spiel der Vorrunde Deutschland gegen Tschechien gesperrt sind.

Für die EM 1996 stehen insgesamt **1,3 Millionen Karten** zur Verfügung. Jedes Teilnehmerteam erhält pro Spiel 7.000 und für das Finale 11.000 Tickets.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

NEU IM ANGEBOT!

Familienleistungsausgleich, Erwerb von Wohneigentum, Mutterschutz – dies sind nur einige Beispiele für weiter verbesserte familienpolitische Leistungen der Bundesregierung. Die Neuregelungen in der Familienpolitik hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle in einem Faltblatt zusammengefaßt. Anschaulich und mit Beispielen versehen werden die einzelnen Bereiche vorgestellt.

Bestellnummer: **2131**

Verpackungseinheit: 100 Exemplare

Preis je Verpackungseinheit: 20,- DM

Aller Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 11 64
33759 Vermold • Fax (0 54 23) 4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

Gute Nachrichten für Familien!

... Familienleistungs-

ausgleich ...

... Erwerb von

Wohneigentum ...

... Mutterschutz ...

CDU

UiD

10/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung:  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.